

## **Position zum Entwurf für die Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR)**

Am 22. Juni 2022 legte die Europäische Kommission ihren Legislativvorschlag für die Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (Sustainable Use Regulation, SUR) vor, welche die Richtlinie 2009/128/EG (Richtlinie zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden) ersetzen und unmittelbar in den Mitgliedsstaaten gelten wird. Die Verordnung soll die Ziele der Farm-to-Fork-Strategie in einen rechtlichen Rahmen übertragen. Dazu zählen u.a.:

- Reduktion des Gesamteinsatzes und des Risikos chemischer Pflanzenschutzmittel um 50% bis 2030
- Reduktion des Einsatzes gefährlicher Pflanzenschutzmittel um 50% bis 2030
- Anwendungsverbot von Pflanzenschutzmitteln in sensiblen Gebieten

Mit diesem Positionspapier machen die unterzeichnenden Verbände auf Schwächen, mögliche Risiken und Zielkonflikte des SUR-Vorschlags aufmerksam. Die Verbände werden dazu beitragen, dass die Landwirtschaft nachhaltiger und klimafreundlicher gestaltet wird und gleichzeitig die Lebensmittelversorgung für Europa und andere Teile der Welt gesichert bleibt. Dieser Umstand sollte angesichts der Entwicklungen in der Ukraine und deren Folgen auf dem Weltmarkt jedenfalls berücksichtigt werden.

### **Schwächen beseitigen:**

#### **Folgenabschätzung zur Abwendung negativer Effekte durchführen**

Die Verbände setzen sich für eine evidenzbasierte Politikgestaltung ein. Sie unterstützen Ziele, die realistisch, praktikabel und wissenschaftlich fundiert sind sowie relevante nationale Initiativen, agronomische Bedingungen und die gegenwärtigen Verhältnisse in der Landwirtschaft berücksichtigen. Die Ziele zur Reduktion des Pflanzenschutzmittel-Einsatzes auf EU- und Mitgliedstaatenebene sollten dementsprechend nicht willkürlich und ohne Berücksichtigung der Folgen festgelegt werden. Zudem braucht es eine umfassende Verfügbarkeitsprüfung von Alternativen, die wirksam, sicher und erschwinglich sind. Nur so kann vermieden werden, dass

- die Kosten für die landwirtschaftlichen Betriebe steigen, während Erträge und Einkommen sinken,
- es zu eklatanten Preisanstiegen entlang der Wertschöpfungskette und für Konsumenten kommt,
- die Importe in die EU steigen, um die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen, Lebens- und Futtermitteln zu gewährleisten,
- und die Umweltfolgen höher sind als der Umweltnutzen.

### **Sechs Bedenken zum SUR-Vorschlag**

Vor diesem Hintergrund benennen die Verbände sechs grundsätzliche Bedenken zum SUR-Vorschlag:

1. In Österreich konnte die in Verkehr gebrachte Menge chemisch-synthetischer Wirkstoffe innerhalb von 10 Jahren um 22 Prozent reduziert werden. Eine weitere schrittweise Reduktion wird auch künftig verfolgt. Im Sinne einer produzierenden Landwirtschaft ist eine Halbierung der Menge jedoch unrealistisch, da der Einsatz von

Alternativprodukten häufig höhere Aufwandmengen bedingt. (Quelle: Zulassungsstatistik)

2. Laut einer Veröffentlichung der Kommission zu Trends bei der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln steigt die in Verkehr gebrachte Wirkstoffmenge in Österreich gemäß dem Harmonisierten Risikoindikator 1, da inerte Gase (Kohlendioxid, CO<sub>2</sub>) 2016 in die Statistik aufgenommen wurden. CO<sub>2</sub> wird bei der Lagerung von Ernteprodukten – auch in der Bio-Produktion – eingesetzt. 2019 wurden in Österreich insgesamt 1.392 Tonnen inerte Gase in Verkehr gebracht, 2020 bereits 2.171 Tonnen. Sie nehmen damit 38 Prozent der gesamten in Verkehr gebrachten Wirkstoffmenge ein. Die inerten Gase sind damit der eigentliche Grund der vermeintlich steigenden Gesamtwirkstoffmengen. Ein weiterer Faktor für die Zunahme ist die vermehrte Anwendung von Pflanzenschutzmitteln mit Wirkstoffen, die eine hohe Aufwandmenge aufweisen, etwa Schwefel und Kupfer. Hier liegt die Aufwandmenge bei ca. 30 kg bis zu 55 kg Wirkstoff je Hektar und Saison, während sie bei chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln in der Regel zwischen wenigen Gramm bis zu wenigen Kilogramm liegt. (Quelle: BAES)
3. Mindestens 25% der EU-Agrarfläche sollen laut den Strategien des Green Deals ab 2030 biologisch bewirtschaftet werden. Österreich bewirtschaftet bereits 26% der Fläche biologisch und dennoch muss es die gleichen Reduktionsziele vorweisen.
4. Das Anwendungsverbot von Pflanzenschutzmitteln in „sensiblen Gebieten“ ist weit gefasst und spiegelt nicht die Bedingungen der Mitgliedstaaten wider. Das wird zu geringeren Ernteerträgen, höheren Produktionskosten, einem Anstieg der Lebensmittelpreise und einer steigenden Importabhängigkeit der EU führen. Dies insbesondere deshalb, da auch eine Stilllegung von landwirtschaftlichen Flächen in den Strategien des Green Deals vorgesehen ist.
5. Wird der SUR-Vorschlag in seiner aktuellen Form umgesetzt, sinken in Österreich und der EU die Erträge im zweistelligen Prozentbereich und die Lebensmittelproduktion verlagert sich in Drittländer, in denen Natur- in Agrarflächen umgewandelt werden müssen. Zusätzlich steigen die Emissionen durch die aufwändigere Logistik an. Die Treibhausgas-Emissionen für die Lebensmittelproduktion Europas werden also nicht gesenkt, sondern in Drittländer verlagert und aufgrund der sinkenden Produktivität global sogar gesteigert.
6. Die SUR in der aktuellen Fassung gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Landwirte auf den globalen Agrar- und Lebensmittelmärkten. Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass die Ertragsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft durch die Vorschläge in der SUR deutlich zurückgehen wird. Die Produktion in Europa wird deutlich teurer und Importprodukte aus anderen Regionen der Welt vergleichsweise billiger.

**Daher fordern die unterzeichnenden Verbände eine wissenschaftlich fundierte und umfassende Folgen- und Umsetzbarkeitsabschätzung, bevor die SUR beschlossen wird, um negative Folgen für die Landwirtschaft, die Versorgungssicherheit und den Forschungsstandort Europa zu vermeiden.**

## **Lösungen anbieten:**

### **Integrierten Pflanzenschutz und innovative Konzepte fördern**

Der integrierte Pflanzenschutz sollte der Eckpfeiler der künftigen Verordnung bleiben. Damit Landwirte in der EU den integrierten Pflanzenschutz vollständig umsetzen können, benötigen sie einen Zugang zu möglichst vielen agronomischen, (bio)technologischen, züchterischen, biologischen und chemischen Lösungen. Ein möglichst vielfältiger Werkzeugkoffer an Betriebsmitteln ist für die Gesunderhaltung der Kulturpflanzen essenziell, da aufgrund des Klimawandels künftig mit höherem abiotischem Stress, steigendem Schädlingsdruck und neuen, oft schwer kontrollierbaren Beikräutern zu rechnen ist.

Aktuell schwindet für Landwirte in ganz Europa jedoch die Vielfalt an Lösungen und Maßnahmen, um Pflanzen gesund zu erhalten. Seit Verabschiedung der Pflanzenschutzmittel-Zulassungsverordnung (EG) Nr. 1107/2009 ist im Schnitt für vier Wirkstoffe, die vom Markt genommen wurden, nur ein neuer hinzugekommen. Dadurch ist das Resistenzmanagement und die Schaderreger-Kontrolle in vielen Kulturen erschwert (z.B. Kartoffel) bzw. zum Teil unmöglich geworden (z.B. Raps). Diese Kulturen werden vor allem von kleinen Betrieben aufgrund des hohen Ausfallsrisikos nicht mehr angebaut und gehen für die Fruchtfolge – einem essenziellen Bestandteil des integrierten Pflanzenschutzes – verloren.

Landwirte brauchen neue und leicht verfügbare Instrumente, die auf die spezifischen Klimabedingungen in den Mitgliedstaaten zugeschnitten sind. Dazu sollten auf EU-Ebene die richtigen Voraussetzungen geschaffen werden. Es braucht eine bessere Umsetzung bestehender Rechtsvorschriften und die Etablierung geeigneter sowie langfristig verlässlicher Rahmenbedingungen. Nur dann können Forschung und Entwicklung neues Wissen generieren, Prognosemodelle verbessern sowie innovative Pflanzenschutzmittel entwickeln, die eine Mengen- und Risikoreduktion ermöglichen.

### **Umsetzung verlangt Förderung von Innovation**

Moderne und digitale Technik, satelliten- und sensorgestützte Systeme sowie vernetzte Farm-Managementsysteme erlauben eine Optimierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, Effizienzsteigerung, Risikominimierung sowie eine ökologischerere Bewirtschaftung. Der positive Effekt von Innovation, Fortschritt und digitalen Technologien ist anhand des niedrigeren Pflanzenschutzmitteleinsatzes darstellbar (Quelle: Phillips McDougall).

Es ist absehbar, dass moderne und digitale Technologien die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in naher Zukunft maßgeblich bestimmen werden. Sie sind ein wichtiger Schlüssel, um eine Reduktion der eingesetzten Pflanzenschutzmittelmengen zu erreichen. Sie werden im aktuellen Vorschlag jedoch nicht berücksichtigt. Dabei wäre die zukünftige SUR eine gute Gelegenheit, um die Einführung innovativer Instrumente zu ermöglichen und explizit zu fördern.

## **Betriebe unterstützen:**

### **Beratung statt Bürokratie**

Der Legislativentwurf sieht massiv steigenden Verwaltungsaufwand für die Behörden der Mitgliedstaaten und vor allem für die landwirtschaftlichen Betriebe vor, die sorgfältig geprüft werden sollten. Die zunehmende Regulierung und überbordende bürokratische Auflagen erschweren die Arbeit für die Landwirtschaft. Dies trifft vor allem kleinere und mittlere Betriebe übermäßig, von denen in der Folge viele die Bewirtschaftung aufgeben, wodurch der Strukturwandel weiter vorangetrieben wird. Eine effiziente, wirtschaftliche und kostendeckende Betriebsführung ist nur dann möglich, wenn die Rahmenbedingungen für Betriebe verbessert werden, ihre Position im landwirtschaftlichen Diskurs gestärkt wird und entsprechende Unterstützungsleistungen definiert und umgesetzt werden.

Zudem braucht es eine umfassende Beratung durch unterschiedliche Verbände und Unternehmen. Ausbildung und Beratung sollen vor allem die Bereiche Digitalisierung und Technik, den integrierten Pflanzenschutz und die Einbindung von biologischen Lösungen in die Spritzpläne, Biodiversitäts- und Umweltmaßnahmen sowie Farm-Management-Systeme umfassen. Österreich sollte hier als Best-Practice-Beispiel herangezogen werden.

Ausbildung und Beratung brauchen entsprechendes Datenmaterial und wissenschaftliche Fakten. Die Verbände sprechen sich daher klar für eine Intensivierung des horizontalen und vertikalen Wissenstransfers aus, der durch entsprechende Maßnahmen gefördert werden soll. Das trägt zur Vernetzung von Wissen, zum agrarischen Fortschritt und zur Entwicklung innovativer Lösungen bei, die eine nachhaltige und zukunftsfitte Landwirtschaft sicherstellen.

Die Unterzeichner:



Landwirtschaftskammer Österreich



Landwirtschaftskammer Niederösterreich



Landwirtschaftskammer Oberösterreich



Landwirtschaftskammer Steiermark

## Die Rübenbauern

Die Rübenbauern



Vereinigung  
Österreichischer  
Stärkekartoffelproduzenten

Vereinigung Österreichischer Stärkekartoffelproduzenten (VÖSK)



Interessengemeinschaft Erdäpfelbau

Interessengemeinschaft Erdäpfelbau (IGE)



Bundesgemüsebauverband Österreich



**Bundes-Obstbauverband Österreichs (BOV)**



**Bundesverband der Österreichischen Gärtner**



*Österreichischer Weinbauverband*

**Österreichischer Weinbauverband**



**Vereinigung der Pflanzenzüchter und Saatgutkaufleute Österreichs**



**Maschinenring Österreich**



**Industriegruppe Pflanzenschutz (IGP)**



**Fachverband der chemischen Industrie Österreichs (FCIO)**